

Das Stromnetz gilt als Goldesel für die EnBW

Energiewende Im Rathaus haben Politiker und Bürger über Stadtwerke und Energiewende diskutiert. *Von Wolfgang Schulz-Braunschmidt*

Im Kleinen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses ist es am Mittwochabend um ein großes Thema gegangen: die Energiewende in Stuttgart. Der Verein kommunale Stadtwerke hatte dazu Vertreter der Parteien eingeladen, um zu erfahren, wie die Kommune diese Herausforderung mit der neuen städtischen Energietochter begegnen will. Ein Stuhl auf dem Podium blieb leer: Philipp Franke, der Kreisvorsitzende der Grünen, hatte wegen anderer Termine kurzfristig abgesagt. „Bedeutenderweise wurde kein Vertreter benannt“, kritisierten die Veranstalter.

Für Stadtrat Joachim Fahrion von den Freien Wählern führt der Holzweg beim Thema Energiewende in die richtige Richtung: „Bei uns wächst so viel Holz, da kann man was für die Energieerzeugung abzweigen.“ Bei den Stadtwerken könne aber bei bislang nur 4000 Kunden noch keine Rede

von einer Wende sein. „Wenn das so bleibt, dann gibt es ein Mordminus.“

„Da müssen noch viele, die per Unterschrift die Rekommunalisierung gefordert haben, Kunden werden“, betonte denn auch FDP-Stadtrat Bernd Klingler. Für ihn sind die Stadtwerke eine risikoreiche Unternehmung. Dabei sei die Stadt „durch die EnBW bestens versorgt“. Es sei eben ein Trugschluss, dass kommunale Unternehmen besser wirtschaften könnten.

Alexander Kotz, Fraktionschef der CDU im Gemeinderat, will hingegen bei der laufenden Konzessionsvergabe auf jeden Fall „mehr kommunalen Einfluss sicherstellen“. Denn der sei bislang sehr gering. „Die Fraktionen im Gemeinderat sind sich auch weitgehend einig, das Eigentum am Strom- und Gasnetz anzustreben.“

Auch für Christoph Ozasek von der Partei Die Linke gehören Besitz und Betrieb

der Netze in die Hände der Stadtwerke. „Diese sind wichtig für die Energiewende, bei der wir noch am Anfang stehen.“ Bei einem eigenen Stuttgarter Stromnetz sei das Nutzungsentgelt geringer als gegenwärtig. „Noch ist das Netz ein Goldesel für die EnBW.“

Dejan Perc, der Kreisvorsitzende der SPD, sah die angestrebte kommunale Selbstständigkeit wegen des „Privatisierungskurses der EU“ als gefährdet an. Die Frage nach der richtigen Energieversorgung müsse aber im politischen Diskurs vor Ort entschieden werden. Die Netze sind für ihn „ein elementarer Besitzstand von Stadtwerken“, um auch langfristig „sichere Einnahmen und Preisspielräume“ zu haben.

Auch für Hannes Rockenbach vom Bündnis Stuttgart Ökologisch Sozial (SÖS) „machen Stadtwerke nur als Gesamtkonzept Sinn“. Auch im Mittelpunkt der Energieversorgung müsse die Frage stehen „wie wir in Zukunft leben wollen, ohne die Um-

welt zu zerstören“. Stadtwerke müssten sozial gerechte Wirtschaftsunternehmen sein. Deshalb seien auch die betroffenen EnBW-Mitarbeiter bei der Übergabe der Netze von den Stadtwerken als Fachleute zu übernehmen.

Beim Reizthema Stadtwerke und Netzübernahme würden von der EnBW und anderen Energiekonzernen Ängste geschürt, hieß es in der Diskussion. „Als reine Panikmache“ bezeichnete ein Bürger eine vor wenigen Tagen auch in der StZ vorgestellte Hamburger Studie, nach der ein Netzurückkauf für Kommunen politisch nutzlos und voller Risiken sein soll. „Diese Gefälligkeitsstudie für

Energiekonzerne geht überhaupt nicht konkret auf unsere Stadtwerke ein“, betonte Perc. Es werde pauschal behauptet, dass sich der Kauf des Stromnetzes nicht rechne. „Warum sind denn dann die EnBW und die anderen Energiekonzerne so scharf darauf, die Netze unbedingt zu behalten?“, fragte ein Zuhörer.

Die Stadträte streben das Eigentum am Strom- und Gasnetz an.